

Wahlprogramm 2018 zur Kommunalwahl in Ahrensburg

Umwelt und Energie

Lokalen Umweltschutz stärken

Wir leben in einer grünen lebenswerten Stadt, die eine hohe Lebensqualität aus großen Grünzügen und vielen Naherholungsgebieten zieht. Dies wollen wir für zukünftige Generationen erhalten und möglichst weiter ausbauen.

Genau aus diesem Grund zieht es viele Menschen nach Ahrensburg, was zu einem hohen Baudruck und letztlich zur Reduzierung unseres Grüns führt. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen daher auf eine maßvolle Innenverdichtung und behalten dabei zusätzlich die Umweltbelange im Blick.

Gleichzeitig sind wir in Ahrensburg vom bundesweiten Artensterben betroffen. Wir erleben in Deutschland eine massive Bedrohung der Artenvielfalt und der damit einhergehenden Veränderung der Lebensräume.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir die Lebensqualität und Artenvielfalt erhalten:

- Die Lebensqualität in unserer Stadt ist durch vielfältige Einwirkungen bedroht. Ein wesentlicher Punkt ist die Lärmbelastung. Darum kämpfen wir dafür, dass im Rahmen der Lärmaktionsplanung nicht nur Straßenlärm berücksichtigt wird, sondern auch Bahn- und Fluglärm. Um die Belastungen richtig zu bewerten, fordern wir aktuelle Verkehrszählungen. Wir fordern, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen schneller umgesetzt werden und neue Maßnahmen gegen Bahn- und Fluglärm schnell definiert werden.
- Bahnlärm wird für Ahrensburg in Zukunft eine große Rolle spielen. Neben der S4 wurden bei der Berechnung der Lärmbelastung die 80-100 Güterzüge berücksichtigt, die aufgrund der Festen Fehmarnbeltquerung in Zukunft täglich durch Ahrensburg rollen werden. Nach derzeitigen Planungen der Deutschen Bahn wird Ahrensburg mit sechs Meter hohen Lärmschutzwänden die negativen Folgen direkt im Stadtbild tragen müssen. Wir wollen maximalen Lärmschutz für die Bürger*innen, gleichzeitig wollen wir nach Möglichkeit keine hohen Lärmschutzwände in der Innenstadt oder im europäischen FFH-Schutzgebiet Ahrensburger Tunneltal.
- Auch deshalb sind wir gegen die Feste Fehmarnbeltquerung. Wir fordern, dass die Stadt Ahrensburg sich gegen diese Querung ausspricht, um die negativen Folgen für die Bürger*innen abzuwenden. Alternativ fordern wir, dass der Güterverkehr größtenteils großflächig um Ahrensburg herumgeführt wird.
- Die in Abgasen enthaltenen CO₂-, Stickoxid- und Feinstaubemissionen sind aufgrund von Abgasmanipulationen höher als bisher angenommen. Davon

sind auch wir in Ahrensburg betroffen. Darum fordern wir aktuelle Messungen zu Stickoxiden und Feinstaubbelastungen an den Hauptverkehrsknoten. Sollte sich herausstellen, dass die Grenzwerte überschritten sind, werden wir Maßnahmen zum Schutz der Menschen fordern.

- Der Baumschutz hat eine zentrale Aufgabe beim Artenschutz. Dafür braucht Ahrensburg eine Baumschutzsatzung, die sich einerseits nach ökologischen Gesichtspunkten richtet und andererseits den Menschen eine Rechtsicherheit bietet. Die kürzlich vorgenommene Neufassung der Satzung hat gravierende ökologische Folgen und beinhaltet Nachteile für die Bürger*innen. In Zukunft werden einige Bürger*innen einen höheren Aufwand betreiben müssen, bevor sie einen Baum rechtssicher fällen dürfen. Dieser Aufwand wird auch höhere Verwaltungskosten verursachen. Diese Fehler in der letzten Neufassung der Satzung wollen wir beheben.
- Knicks und innerstädtische Grünzüge machen den Charakter unserer Stadt aus. Deren Schutz ist ein wesentlicher Bestandteil zum Erhalt der Lebensqualität in unserer Stadt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Themen Biotop und Biotopverbund bei der Bewertung von Bau- oder Infrastrukturprojekten ein stärkeres Gewicht bekommen.
- Wir fordern, dass der Platz vor dem CCA begrünt und damit aufgewertet wird. Hier scheint sich ein sozialer Brennpunkt zu entwickeln. Die Aufwertung dieses Platzes kann helfen, dem entgegenzuwirken.
- Der starke Einsatz von Herbiziden und Insektiziden hat negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Daher machen wir uns dafür stark, dass die Stadt Ahrensburg kein Glyphosat mehr einsetzt. Verwaltung und Bauhof müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- Wir möchten die Umwandlung von artenarmen öffentlichen Rasenflächen in Wiesen mit verschiedenen Wildkräutern und mehrjährigen Blumen vorantreiben. Wir brauchen mehr „verwilderte“ Flächen für gefährdete Insekten. Bienen beispielsweise finden inzwischen auf dem Land mit den vielen Monokulturen immer weniger Nahrung und müssen auf besiedelte Gebiete ausweichen.
- Bei der Erstellung und Bewirtschaftung von öffentlichen Grünflächen muss der Artenschutz verstärkt berücksichtigt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Praktiken im Vordergrund stehen, die Flora und Fauna maximal schützen. Dafür muss das Grünpflegebudget erhöht werden.
- Ausgleichsflächen müssen auf Ahrensburger Gebiet entstehen: Der Ausgleich für Baumaßnahmen sollte lokal stattfinden, um den Charakter unserer Stadt zu erhalten. Ausgleichsflächen auf Ahrensburger Stadtgebiet sind ein knappes Gut. Dies muss bei weiterer Bodenversiegelung berücksichtigt werden.
- Wir fordern, dass die lange geplante Renaturierung des Auetals umgesetzt wird. Diese Flächen eignen sich als innerstädtische Ausgleichsflächen.

- Wir wollen, dass der neue FFH-Managementplan umgesetzt wird. Das FFH-Gebiet Ahrensburger Tunneltal ist ein wertvolles Erbe, das wir für zukünftige Generationen erhalten wollen.

Lokalen Klimaschutz stärken

Klimaschutz wird oft als eine globale Aufgabe wahrgenommen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Wir können und müssen hier bei uns vor Ort eine Menge zum Klimaschutz beitragen. Die globale Erwärmung können nur alle Menschen zusammen in den Griff bekommen.

Dazu wollen wir unter anderem folgende Maßnahmen realisieren:

- Ahrensburg hat seit Dezember 2015 ein Klimaschutzkonzept, das auf seine Umsetzung wartet. Wir fordern daher, dass in der nächsten Wahlperiode möglichst viele Maßnahmen umgesetzt werden oder zumindest deren Umsetzung geplant wird. Einfach umzusetzende Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept sind z.B. die Installation von Solarthermie- und PV-Anlagen auf geeigneten kommunalen Gebäuden oder Veranstaltungen zum Klimaschutz an Schulen, um das Verständnis für Klimaschutz zu verbessern.
- Ahrensburg benötigt dafür dringend eine(n) Klimaschutzmanager(in). Bei den Beratungen zum Stellenplan 2018 haben wir es geschafft, dass diese Stelle in den Stellenplan aufgenommen wird. Wir wollen, dass dieser Aufgabenbereich schnell mit einer kompetenten Fachkraft besetzt wird. In Zukunft werden wir die Arbeit im Bereich Klimaschutz weiterhin positiv begleiten und uns dafür einsetzen, dass die Ergebnisse schnell umgesetzt werden.
- Die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden hat unserer Ansicht nach eine wichtige Signalfunktion und sollte vorangetrieben werden. Hier muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.
- Wir wollen, dass die Bürger*innen durch Informationsangebote besser über klimaschonende Maßnahmen wie Wärmedämmung, alternative Heizmethoden und ähnliches informiert werden.
- Motorisierter Individualverkehr hat einen großen Einfluss auf das Klima. Wir wollen Alternativen wie Radverkehr und ÖPNV weiterhin verstärkt fördern.
- Wir wollen Elektromobilität als sinnvolle Alternative zu Benzin- oder Dieselmotoren in Ahrensburg fördern. Dabei sind wir aber auch offen für andere Antriebsformen, wie z.B. Erdgasantriebe, die wesentlich effizienter als normale Verbrennungsmotoren sind.

Energiegewinnung und -nutzung in Ahrensburg

Dezentrale Energieproduktion ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Bislang sieht man davon in Ahrensburg kaum etwas. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir nutzen wollen. Damit verbunden ist auch, dass in Zukunft Gewinne durch die Energieproduktion direkt in Ahrensburg realisiert werden könnten.

- Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien wie z.B. Photovoltaik und Solarthermie, also solare Stromerzeugung und Wärmeengewinnung, in Ahrensburg weiter voranbringen. Auf vielen Gebäuden unserer Stadt könnten Solaranlagen installiert werden und Energie erzeugt werden. Auch hierbei fordern wir, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht.
- Bürger*innen-Solaranlagen sehen wir als sehr interessante Möglichkeit für die Bürger*innen, an den Gewinnen aus erneuerbaren Energien zu partizipieren. Dies wollen wir in Ahrensburg ermöglichen.
- Neben der Energieproduktion ist die Energieversorgung ein weiterer entscheidender Themenbereich für die Zukunft Ahrensburgs. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der vergangenen Wahlperiode mit unserem Antrag dafür gesorgt, dass Ahrensburg zwei Nahwärmeversorgungsnetze (Gartenholz und Bogenstraße) übernimmt. Nach den negativen Erfahrungen, die wir mit dem Betreiber des Nahwärmeversorgungsnetzes im Ahrensburger Kamp gesammelt haben, war dies nur folgerichtig. In der Vergangenheit ist durch die Kommunikationspolitik der vorherigen Betreiber der Nahwärmeversorgungsnetze viel Vertrauen verloren gegangen. Dieses Vertrauen muss wieder aufgebaut werden.
- Wir erleben gerade einen Wandel bei der Antriebstechnik von Fahrzeugen. Damit der Umstieg vom Verbrennungsmotoren auf Elektromotoren gelingt, ist es wichtig, dass die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung steht. Wir wollen daher Ahrensburg auf die Zukunft vorbereiten und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass erheblich mehr Ladestationen für Elektroautos installiert werden. Dabei ist es wichtig, auch an die Autofahrer*innen zu denken, die kein Haus mit Außensteckdose haben. Darum wollen wir, dass an möglichst vielen Parkplätzen und in Tiefgaragen in Wohngebieten Lademöglichkeiten installiert werden. Dasselbe stellen wir uns für den Innenstadtbereich und die Gewerbegebiete vor. Dieser Ausbau der Infrastruktur wird nicht innerhalb der nächsten Wahlperiode abgeschlossen sein. Wir wollen jetzt die Konzepte dafür entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen. Die Infrastruktur in unserer Stadt muss der Nachfrage immer ein oder zwei Schritte voraus sein. So können wir hier vor Ort unseren Beitrag zum positiven Gelingen des Wandels in der Antriebstechnik leisten.
- Parallel zu den Elektroantrieben wollen wir auch die Rahmenbedingungen für andere Technologien bei uns verbessern. Als Brückentechnologie ist Erdgasantrieb eine gute Alternative, für die wir relativ einfach die Infrastruktur schaffen können.

Stadtentwicklung/Wohnungsbau

Wir stehen für lebenswerte und klimafreundliche Stadtentwicklung in Ahrensburg, dass Mieten auch in unserer Stadt bezahlbar bleiben und Wohnungen nicht länger Mangelware sind.

Ahrensburg ist eine wachsende Stadt. Wir wollen dieses Wachstum konstruktiv begleiten. Dabei ist es uns wichtig, dass unsere Stadt mit Augenmaß wächst. Der Charakter Ahrensburgs darf bei dieser Entwicklung nicht verloren gehen.

Wir setzen uns für die lebenswerte Stadt der kurzen Wege ein. Schulen und Kitas, grüne Parks, Sportplätze, Geschäfte und Arbeitsplätze sollen möglichst auch zu Fuß erreichbar sein. Das sichert unsere Nahversorgung und schützt die Natur.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir:

- die Projekte im Rahmen des Städtebauförderungsprogrammes intensiv begleiten,
- eine Quote von 30% für geförderten Wohnraum bei Bauprojekten ab 20 Wohneinheiten einführen,
- über den Flächennutzungsplan der Zersiedelung Ahrensburg entgegenwirken,
- dem Leerstand, sowohl im Bereich Wohnnutzung, als auch im gewerblichen Bereich, entgegensteuern,
- uns für nachhaltige, generationenübergreifende Wohnprojekte, insbesondere mit neuen, intelligenten Mobilitätskonzepten, einsetzen,
- die Fortschreibung des integrierten Stadtkonzeptes (ISEK) beantragen, um die Planung zu aktualisieren,.
- zukünftig mehr Bebauungspläne aufstellen, welche die Innenverdichtung ermöglichen,
- das Stadtmarketing stärken und professionalisieren.

Verkehr

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität der Zukunft nachhaltig, klimaschonend, emissionsarm, leise, intelligent und vernetzt ist.

Eine lebenswerte Stadt ist unser Ziel. Dazu muss besonders Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen und dem ÖPNV wieder gleichberechtigt Raum zugewiesen werden. Die nachhaltigen Verkehrsträger sollen so bald wie möglich die Mehrzahl der Verkehrswege in unserer Stadt abbilden. Wir verbessern mit grüner Verkehrspolitik die Mobilität von Menschen und Gütern und ergreifen Maßnahmen für weniger Staus, Abgase, Lärm und Flächenverbrauch. Der wachsenden Nachfrage nach optimaler Kombination der Verkehrsmittel wollen wir durch Vernetzung, digital und praktisch vor Ort, entgegenkommen. Wir stärken den öffentlichen Nahverkehr, den Rad- und Fußgängerverkehr und sorgen so dafür, dass Menschen und Güter umweltfreundlicher unterwegs und mobiler sind.

Um diese Ziele zu erreichen fordern wir:

- eine Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf allen Ahrensburger Gemeindestraßen,
- die weitere Umsetzung und eine Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes. Dazu gehören ausgebaute Velorouten und überdachte Fahrradabstellanlagen an den Bahnhöfen (Fahrradparkhaus am Bahnhof Ahrensburg).
- die Verbesserung des ÖPNV, sowohl in der Taktung als auch in der Linienoptimierung,
- die Begleitung des Einführungsprozesses der S4 durch die Stadt und ihre Gremien,
- die Installation von festen Geschwindigkeitsmessgeräten an geeigneten Stellen (z. B. Bornkampsweg).

Den Bau von Umgehungstraßen lehnen wir weiterhin ab.

Wirtschaft und Finanzen

Die Stadt Ahrensburg ist grundsätzlich mit einem Haushaltsansatz der Erträge in Höhe von ca. 70 Mio. Euro gut aufgestellt. Diese setzen sich im Wesentlichen zu ca. 22 Mio. Euro aus Gewerbesteuer, ca. 20 Mio. Euro Einkommensteuer, ca. 5 Mio. Grundsteuer sowie ca. 23 Mio. Euro sonstige Steuern, Abgaben, Umlagen, Erträge, etc. zusammen.

Diesen Erträgen stehen aber auch eine Vielzahl von Ausgaben und zukünftigen Projekten gegenüber. Und auch die Anforderungen an die Gemeinde – unter anderem die Kinderbetreuung – nehmen weiter zu, so dass auch in Zukunft weiterhin die Finanzlage der Stadt als zumindest angespannt betrachtet werden sollte. Diese weiteren Pflichtaufgaben engen den frei verfügbaren Finanzrahmen weiter ein.

Ahrensburg hat mit den ca. 22 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen eine sehr gesunde Basis, um sich die vielen Projekte und auch die Infrastruktur „leisten“ zu können. Wenn man sich jedoch die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen betrachtet, so stellt man auch eine gewisse Stagnation in den letzten Jahren fest.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollen weiterhin den hohen Standard in Ahrensburg erhalten und sogar noch durch weitere Projekte (siehe hierzu die Ausführungen in den anderen Kapiteln) verbessern. Dies kann nur erreicht werden, indem die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen in Ahrensburg ein solches zulassen.

Wir setzen dabei im Wesentlichen auf zwei Schwerpunkte: Ausgabenkritik und Steigerung der Wirtschaftskraft durch die Gewerbesteuer.

Unter Ausgabenkritik verstehen wir den sinnvollen und gewissenhaften Umgang mit den Geldern der Stadt – und damit der Bürger*innen. Aus diesem Grunde setzen wir uns (weiterhin) dafür ein, dass

- Ahrensburg eine nachhaltige Finanzentwicklung betreibt und stellen daher die Entschuldung Ahrensburgs über die Umsetzung von möglichen Prestigeprojekten.
- jeder Verkauf von städtischem Eigentum kritisch auf seine Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit hinterfragt wird und dann entsprechend gehandelt wird, um Verkäufe zwecks kurzfristiger Haushaltssanierungen zu verhindern. Es wird mit uns keine Grundstücksverkäufe unter Marktwert geben, wenn nicht wesentliche, übergeordnete Gründe ein solches gebieten.
- in der Verwaltung der Aufbau eines Kostencontrollings vorangetrieben wird, um die Ausgaben steuern und überwachen zu können. Dieses soll nicht nur für die laufenden Aufgaben, sondern vor allem auch für Projekte gelten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei großen Projekten eine Kosten-Nutzen-Analyse vor Verabschiedung durch die Stadtverordnetenversammlung erstellt wird. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Nachbetrachtung durchgeführter Projekte auf deren Kosten und Nutzen durchgeführt wird, um dadurch für die Zukunft förderliche Erkenntnisse zu erlangen.

- die energetischen Sanierungen der öffentlichen Gebäude wie geplant kurzfristig umgesetzt werden. Diese einmaligen Sanierungskosten sind nicht nur aus ökologischer Sicht sinnvoll, sondern rentieren sich auch schon nach wenigen Jahren durch Energiekosteneinsparungen – vor allem vor dem Hintergrund steigender Energiekosten.
- die Stadt eine Bodenbevorratung für Potenzialflächen zum Ausweis von neuen Wohngebieten betreibt, um zum einen einer Grundstückspreisspekulation entgegenzuwirken und zum anderen einen größeren Einfluss auf die Art der Bebauung (z.B. bezahlbarer Wohnraum) zu bekommen.

Die Steigerung der Wirtschaftskraft der Stadt Ahrensburg wollen wir vor allem durch die Generierung von höheren Gewerbesteuereinnahmen durch Ansiedlung von neuen Unternehmen in Ahrensburg sowie durch Unterstützung der ansässigen Unternehmen bei Erweiterungswünschen erreichen und setzen uns daher für die folgenden Punkte ein:

- Gewerbeflächenrecycling statt Neuausweisungen von Gewerbeflächen.
- Die Reservierung von Gewerbeflächen soll laufend hinterfragt werden, um bei Anfragen nach Gewerbeflächen flexibler und schneller reagieren zu können.
- Zur Stärkung der Wirtschaftsförderung und der Betreuung der Ahrensburger Unternehmen werden wir uns für die Einstellung eines Wirtschaftsprofis in der Verwaltung einsetzen oder alternativ zumindest für die Vergabe der Aufgabe an externe Experten. Dieser Wirtschaftsprofi soll nicht nur die großen Unternehmen/Steuerzahler im Fokus haben, sondern auch die kleinen/mittelständischen sowie auch die Innenstadt/Einzelhändler. Wir wollen damit erreichen, dass Ahrensburg es endlich schafft, neue Unternehmen in die Stadt zu bringen, um damit neue Steuereinnahmen zu generieren. Außerdem sollen damit die ansässigen Unternehmen eine Person als direkte Ansprechpartner*in haben, um somit auch die Nähe zwischen Unternehmen und der Stadt zu verbessern.
- Implementierung des im Aufbau befindlichen Stadtmarketings in Ahrensburg und dessen Verknüpfung mit den Marketingmaßnahmen des Kreises und der Nachbargemeinden, um effektiv für Ahrensburg zu werben.
- Des Weiteren werden wir einen starken Fokus auf die anderen so genannten weichen Standortfaktoren setzen, die für Unternehmen neben der Verkehrsanbindung und den Steuersätzen ein wichtiges Entscheidungskriterium sind. Dazu zählen unter anderem die Kinderbetreuung, die Schulen, das Freizeitangebot, der ÖPNV sowie bezahlbarer Wohnraum für die Mitarbeiter*innen.

Soziales

Sozialpolitik ist ein weites Feld und beinhaltet viele Personenkreise und Handlungsfelder. Wir wollen diese einzelnen Handlungsfelder im Blick haben und erhalten und eine Kultur des Hinschauens bewahren. Mit uns werden keine Handlungsfelder unter den Teppich gekehrt!

Wir verstehen soziale Leistungen und Angebote als Recht für den einzelnen Menschen mit seinen individuellen Bedarfen und grenzen uns hier von den Gedanken der Almosen und dem des bedürftigen Menschen als Bittstellers ab. Dieses Recht leiten wir vom Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes ab: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Wir stehen zu dem Ansatz, dass nur eine funktionierende Gemeinde zu nachhaltigen sozialen Leistungen fähig ist. Dies bedeutet, dass bei einem neuen Bedarf auch immer die personelle und finanzielle Belastbarkeit der Stadt mit betrachtet werden muss, damit die schon vorhandenen Leistungen nicht gefährdet werden.

Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip. Wir ziehen es vor, dass fremde Träger die entstehenden Bedarfe abdecken und nur wenn sich keine anderen Träger finden, die Stadt selbst hierfür einspringt. Dies beinhaltet auch das Ziel, eine möglichst breite Trägerschaft in der Stadt vorzuhalten und einer Monopolisierung entgegenzuwirken.

Wir nehmen das Konnexitätsprinzip ernst und sehen unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik darin, den Kreis, das Land und den Bund immer wieder daran zu erinnern, dass diejenige Instanz, welche die Gesetze beschließt, auch für die daraus folgenden Kosten aufkommen muss.

Kinderbetreuung

Jedes Kind soll seinen individuellen Bedarf an Betreuung erhalten können. Hier muss auf eine Balance zwischen einer breiten und flexiblen Angebotspalette und angemessene Arbeitsbedingungen für die professionellen Fachkräfte sowie annehmbare strukturelle Bedingungen für die Träger geachtet werden.

Die Kinder dürfen nicht alleine betrachtet werden. Kinder werden in Familien groß, die unterschiedliche Lebensmodelle und Bedarfe haben. Genauso wie Menschen, die Angehörige pflegen, sind Familien mit Kindern die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass Familien aufgrund mangelnder Verfügbarkeit

von Kinderbetreuung in berufliche und private Situationen gezwungen werden, die ihnen Probleme bereiten.

Ganz wichtig dabei sind die zuverlässige Planbarkeit und die rechtzeitige Betreuungssicherheit für Familien.

Wir stehen weiter zu der zentralen Vergabe der Plätze.

Im Hortbereich sehen wir dies langfristig nur durch die Einführung von Offenen Ganztagschulen (OGS) gewährleistet. Dies kann nur mit einer behutsamen Beteiligung der Eltern- und Lehrerschaft sowie dem Träger der vorhandenen Horte erfolgen.

Wir fordern:

- Einführung der OGS an allen Grundschulen in Ahrensburg
- Ausreichende Finanzierung der OGS
- Beibehaltung der Sozialstaffel
- Ausbau der Elementar- und Krippen-Plätze
- Beibehaltung der zentralen Vergabe der Plätze
- Berücksichtigung der Bedarfe der Familien bei der Vergabe der Betreuungsplätze
- Das die Probleme von Familien von der Verwaltung ernst genommen werden.
- Mahlzeiten aus biologisch hergestellten Produkten und, wo möglich, aus der Region

Sozialer Wohnungsbau

Wir erkennen den großen Bedarf für sozialen Wohnungsbau in Ahrensburg an. Ein großer Personenkreis kann sich die stark ansteigenden Mieten in Ahrensburg nicht leisten. Daraus folgt ein Fachkräftemangel, hohes Verkehrsaufkommen durch lange Anfahrtswege, sowie Menschen, welche in den Notunterkünften oder weiter im Elternhaus wohnen bleiben müssen. Hier darf keiner der einzelnen Personenkreise bei der Zuweisung in sozialen Wohnraum von der Stadt bevorzugt werden. Trotz dieses großen Bedarfes behalten wir uns vor, bei konkreten Projekten die umwelttechnischen und gestalterischen Auswirkungen dagegen abzuwägen. Eine Zerstörung der Natur und eine überdimensionierte Bebauung für Ahrensburg wollen wir verhindern.

Wir fordern:

- mehr sozialen Wohnungsbau
- eine Quote von 30% für geförderten Wohnraum bei Bauprojekten ab 20 Wohneinheiten,
- keine überdimensionierte Bebauung für Ahrensburg und damit Zerstörung der Umwelt und des Stadtbildes,
- eine gerechte Zuweisung sozialen Wohnraums an alle bedürftigen Personenkreise.

Geflüchtete Menschen

Hier sehen wir die Hauptaufgaben der Gemeinde darin, dass sie die nötigen Unterkünfte bereitstellt, sie Sprachkurse ermöglicht (VHS) und für die Vernetzung aller Beteiligten sorgt. Hierfür wollen wir die personellen und finanziellen Mittel weiterhin zur Verfügung stellen.

Wir fordern:

- genügend Unterkünfte für geflüchtete Menschen
- Sprachunterricht für alle Geflüchteten
- Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamt
- finanzielle und personelle Mittel für die Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung
- Stärkung des Freundeskreises für Flüchtlinge Ahrensburg e.V.

Senioren-, Kinder- und Jugendarbeit

Das Angebot in diesen Bereichen ist mit vielen städtischen und anderen Trägern sehr breit. Diese Breite wollen wir erhalten und auch die Vernetzung untereinander weiter fördern. Wir stellen keine einzige Einrichtung in Frage! Wir fordern, dass durch eine noch bessere Absprache untereinander noch gezieltere Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen geschaffen werden. Wir fordern auch, dass die einzelnen Einrichtungen sich ergänzen und sich dadurch neue Angebote bilden. Trotz dieses Wunsches nach Spezialisierung der Einrichtungen, ist uns bewusst, dass es gerade in diesem Bereich auch wichtig für einzelne Standorte ist, komplette Angebotspaletten vorrätig zu haben. Die Einrichtungen müssen gut erreichbar bleiben (Stadtteilarbeit). Damit diese Bedarfe auch ermittelt werden können, unterstützen wir die Fortschreibung des Altenplans und die konzeptionellen Arbeiten in der Kinder- und Jugendarbeit.

Eine wichtige Infrastruktur für Kinder sind Spielplätze. Bislang wird pro Jahr ein Spielplatz saniert. Wir wollen diese Erhaltungsquote beibehalten und gegebenenfalls erhöhen. Unter anderem wollen wir, dass die Skateranlage am Stormarnplatz vor 2021 neu gebaut wird.

Jugendsozialarbeit ist eine wichtige Tätigkeit, damit sich in Ahrensburg kein sozialer Brennpunkt entwickelt. Dieses Problem wird nicht durch mehr Überwachung oder Verbote gelöst werden. Wir wollen mehr Sozialarbeit, um mit den Menschen zu arbeiten, statt gegen sie.

Die Beteiligung und Beratung durch den Senioren- sowie Kinder- und Jugendbeirat in diesen Fragen sehen wir als eine Selbstverständlichkeit an.

Wir fordern:

- eine solide Vernetzung der einzelnen Einrichtungen,
- eine bessere Absprache untereinander für gruppenspezifische Angebote,
- eine gute Erreichbarkeit der Standorte,
- die Fortschreibung des Altenplans und der konzeptionellen Arbeiten in der Kinder- und Jugendarbeit.

Menschen mit Behinderung

Wir wollen die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen für Ahrensburg konkretisieren. Daher unterstützen wir die Erstellung eines Aktionsplanes und wollen hierfür die finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen. Die Umsetzung der daraus folgenden Projekte sehen wir als einen langfristigen Prozess an und wollen hierfür einen jährlichen Betrag im Haushalt verankern.

Wir wollen für alle Menschen in Ahrensburg die Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen.

Die Beteiligung und Beratung durch den Behindertenbeirat in diesen Fragen sehen wir als eine Selbstverständlichkeit an.

Wir fordern:

- barrierefreie Kommunikation und Mobilität, Partizipation, selbstbestimmtes Leben, Teilhabe,
- die Umsetzung der aus dem Aktionsplan folgenden Projekte und hierfür einen jährlichen Betrag im Haushalt,
- Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes an behindertengerechten Bedürfnisanstalten.

Unterstützung sozialer Angebote

Es gibt in Ahrensburg eine Vielzahl von Institutionen, Einrichtungen und Initiativen, die sich sozialen Handlungsfeldern annehmen und um diese kümmern. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und weiterhin auch finanziell fördern. Diese freiwilligen Leistungen dürfen nicht als Einsparpotenzial gesehen werden.

Wir fordern:

- Die weitere kontinuierliche Förderung sozialer Dienstleistungen durch fremde Träger mittels finanzieller und/oder materieller Unterstützung.

Schule

Kommunale Aufgabe im Bildungsbereich ist es, die Lernmittel und Räume für Schulen zur Verfügung zu stellen. In den letzten Jahren konnte der Investitionsstau etwas abgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben alle Möglichkeiten genutzt und sich immer für die Modernisierung von Schulen eingesetzt, dazu zählen u.a. der teilweise Neubau und die anschließenden Sanierungen der Schulhöfe der Schlossschule und der Grundschule Am Reesenbüttel. Ebenso haben wir den Neubau des Oberstufenvavillons der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule und der Fritz-Reuter-Schule auf den Weg gebracht. Weitere Investitionen in andere Schulstandorte werden folgen. Trotz großer finanzieller Belastungen in den vergangenen Jahren muss auch weiterhin in unsere Schulen investiert werden. Wir sind weiter dazu bereit, finanzielle Spielräume dafür zu nutzen.

Wir wollen für alle Ahrensburger Grundschüler*innen eine sichere Nachmittagsbetreuung.

Für die inhaltliche Ausrichtung der Schule ist das Land zuständig. Wir werden jede Entscheidung des Landes in schulpolitischer Sicht von folgendem Standpunkt aus betrachten: In der Schule liegt unsere Zukunft. Wir haben keine Talente zu verschenken. Jeder Mensch hat seine besonderen Fähigkeiten und Begabungen. Schule hat die Aufgabe diese zu wecken, zu finden und zu fördern. Und: jeder Mensch ist anders. Deshalb werden wir weiterhin jede Lehr- und Schulform unterstützen, die Schüler*innen möglichst auf unterschiedliche Weise anspricht und damit ein breiteres Angebot schafft.

Bildung kann ein Standortfaktor sein. Gute Schulen führen dazu, dass mehr Eltern in Ahrensburg wohnen wollen. Wir sind bereit, Schulen als Standortfaktor zu nutzen.

Die immer wieder aufkommenden Diskussionen um das Gastschulabkommen mit Hamburg haben gezeigt, wie verzahnt Ahrensburg mit dem Hamburger Schulsystem ist. Knapp 200 Schüler*innen aus Ahrensburg gehen in Hamburger Schulen. Dabei handelt es sich meist um Waldorf- und konfessionsgebundene Schulen, für die es in Ahrensburg kein Angebot gibt. Wir werden uns wieder für das Recht der Eltern einsetzen, unabhängig von einer Landesgrenze selbst zu entscheiden, welche Schulform für ihre Kinder die beste ist.

Die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die von allen Bundestagsfraktionen verabschiedet worden ist, bedeutet nicht nur die Integration der Förderschule (Fritz-Reuter-Schule) in die anderen Schulen, sondern auch die Inklusion der Schüler*innen der Woldenhorns Schule. Dieses Ziel werden wir weiterhin aktiv unterstützen und werden vom Land die dazu notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte anmahnen.

Ebenso werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter die Aufrechterhaltung und den Ausbau von Schulsozialarbeit unterstützen. Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Sie erfüllt den Zweck, frühzeitig bei Veränderungen im häuslichen Umfeld von Schüler*innen diese aufzufangen und mit Schüler*innen, Eltern und Schule Lösungsansätze zu erarbeiten – eine Arbeit, die Lehrer*innen im normalen Schulbetrieb nicht leisten können.

- Wir sehen Bildung als Standortfaktor. Gute Schulen sind unsere Zukunft.
- Wir fordern weiterhin Vorrang für Investitionen in unsere Schulen.
- Wir unterstützen jede Lehr- und Schulform, die Schüler*innen auf unterschiedliche Weise anspricht und damit ein breiteres Angebot schafft.
- Wir wollen für alle Ahrensburger Grundschüler*innen eine sichere Nachmittagsbetreuung.
- Wir werden uns für das Recht der Eltern im Rahmen eines Gastschulabkommens mit Hamburg einsetzen, unabhängig von der Landesgrenze selbst zu entscheiden, welche Schulform für ihre Kinder die beste ist.
- Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Integration und Inklusion und werden vom Land die dazu notwendigen zusätzlichen Lehrer*innenstunden einfordern.
- Wir unterstützen die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Sport

Ahrensburg ist Stadt des Sports. Sport hat hier einen hohen Stellenwert und die hohe Dichte unterschiedlicher Sporteinrichtungen wurde durch diesen Titel auch national anerkannt.

Im Mittelpunkt steht dabei für uns die Förderung des Breitensports vor der Förderung des Spitzensports. Breitensport ist wichtig für Gesundheit und Integration, kann einen Beitrag zu sozialem Lernen und Gewaltprävention leisten und das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen stärken.

Sport gehört auch in das Stadtzentrum. Deshalb werden wir uns weiterhin für den Erhalt der Sportplätze auf dem Stormarnplatz einsetzen und gegen eine Verlegung nach Beimoor-Süd eintreten.

Die geplante Renaturierung des Auetals konnte nicht durchgeführt werden, da zwar die Schützenhalle verlegt worden ist, aber der Hockeyplatz im Auetal mit neuem Kunstrasen verlegt wurde. Eine grundsätzliche Verlegung des Hockeyplatzes streben wir an, wenn der Platz neu saniert werden muss.

Wir wissen, dass für die Sportvereine die vorhandene Kapazität an Hallen- und Sportplätzen begrenzt ist. Einige Sportplätze sind nur für die Schulnutzung zugelassen – bei der Hallennutzung ist für die Sportvereine nur eine Nutzung von begrenzten Nachmittags- und Abendstunden möglich. Die gestiegene Einwohner*innenzahl hat daher nicht unbedingt zu mehr Vereinsaktiven geführt. Wir treten daher für einen neuen Sportflächenentwicklungsplan ein, um die Erweiterung der Sportflächen für die nächsten Jahre konkret am Bedarf ausrichten zu können.

Das Badlantic wurde mit unserer Unterstützung von E.ON Hanse übernommen. Wir begrüßen auch den Neubau an alter Stelle, so dass die Außenbecken weiter benutzt werden können und keine Unterbrechung des Schwimmbetriebes nötig wird.

- Wir unterstützen den Breitensport als wichtigen Beitrag für Gesundheit und Integration.
- Sport gehört auch ins Stadtzentrum. Wir unterstützen den Erhalt der Sportplätze auf dem Stormarnplatz.
- Wir fordern einen neuen Sportflächenentwicklungsplan, um die Erweiterung der Sportflächen an dem gestiegenen Bedarf auszurichten.
- Wir unterstützen den Neubau des Badlantic am alten Standort.

Kultur

Ahrensburg hat ein reiches Kulturleben von einem weit über die Grenzen der Stadt hinaus gefeierten Jugend-Sinfonieorchester über die Niederdeutsche Bühne bis zu vielen hier gewachsenen sich künstlerisch engagierenden Vereinen und Initiativen. Dabei muss die Szenekultur dem klassischen Kulturbegriff gleichberechtigt gegenüberstehen.

Die Kulturförderung in Ahrensburg muss auf das lokale kulturelle Engagement ausgerichtet sein. Ahrensburg ist zwischen den Kulturstädten Hamburg und Lübeck gelegen. Deshalb kann sich ein Konzept für Ahrensburg niemals an internationalen Großprojekten orientieren. Ahrensburg muss auf seine eigene Stärke setzen: Auf die hier gewachsenen Künstler*innen und das Engagement vieler ehrenamtlich Tätiger im Bereich Kultur.

Das Konzept des Marstalls beinhaltet eine Unterstützung lokaler kultureller Initiativen, sei es als Übungsraum oder als Konzertbühne. Das unterstützen wir auch weiterhin.

Das Schloss ist ein Teil von Ahrensburg. Wir wissen um dessen Verantwortung für die Ahrensburger Geschichte und möchten das Schloss auch weiterhin begleiten, auf wirtschaftlich selbstständigen Füßen zu stehen. Dazu ist es von höchster Wichtigkeit, dass das Kapital der Schlossstiftung so schnell wie möglich wächst, damit der Unterhalt des Schlosses auch wirklich aus den Zinsen der Stiftung geleistet werden kann. Daher findet keine Kürzung von geplanten Zustiftungen der Stadt unsere Zustimmung. Sollten Kosten für den laufenden Betrieb noch benötigt werden, müssen diese im Haushalt gegenfinanziert werden.

Wir stehen der Aufnahme des Ahrensburger Tunneltals als UNESCO-Weltkulturerbe offen gegenüber.

- Die Kulturförderung in Ahrensburg muss weiterhin auf das lokale kulturelle Engagement ausgerichtet sein.
- Wir stehen zum Ahrensburger Schloss als Teil der Geschichte und unterstützen weitere Wirtschaftlichkeitsbestrebungen.
- Wir stehen der Aufnahme des Tunneltals als UNESCO-Weltkulturerbe offen gegenüber.

Rathaus und Verwaltung

Wir verstehen die Verwaltung als Dienstleister für die Bürger*innen Ahrensburgs. Nach der Modernisierung des städtischen Internetauftritts muss jetzt der nächste Schritt erfolgen und die Digitalisierung der Verwaltung in Angriff genommen werden (E-Government).

Dazu gehört:

- dass die Verwaltung über neue und moderne Wege die Bürgerkommunikation und den Bürgerservice verbessert und somit die Verwaltung weiter ins 21. Jahrhundert bringt. Dieses soll unter anderem durch eine stärkere Internet-Präsenz (u.a. Hinweise und Onlineformulare) sowie eine verbesserte E-Mailkommunikation erfolgen.
- die Einführung von Qualitätsstandards.
- dass die Verwaltung auf Open-Source-Software und offene Standards umstellt, um die Lizenzgebühren zu reduzieren. Dieses wird zwar kurzfristig zu erhöhten Kosten durch Schulungen führen, die aber mittel- und langfristig durch Kosteneinsparungen kompensiert werden.
- dass das Rathaus nach dem Konzept der Green IT umgestaltet wird. Das bedeutet unter anderem, dass die Computer nachts automatisch ausgeschaltet werden, zudem sollen Bewegungsmelder dafür sorgen, dass die Lichter in den Räumen automatisch abgeschaltet werden.
- die Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen
- Die Beantwortung und Erledigung von Bürgeranfragen innerhalb von garantierten Zeiträumen, idealerweise mit demselben Medium, mit dem die Anfrage kam.

Daneben wollen wir in Kooperation mit der Verwaltungsleitung folgende Punkte erreichen:

- Interne und externe Verwaltungsprozesse sollen in Bezug auf Datenschutz und Informationssicherheit überprüft werden.
- Bei Vergabeverfahren müssen neben den wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Aspekte betrachtet werden.

Wir setzen uns auch weiterhin für eine Vollzeitstelle für die Gleichstellungsbeauftragte ein.

Damit die Verwaltung die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben erledigen kann, sind wir bereit, Personal und Mittel bereit zu stellen.



Wir möchten Sie bitten, uns bei unserer Arbeit mit Ihrer Stimme bei der Kommunalwahl 2018 zu unterstützen. Sollten Sie Ideen oder Vorschläge haben, die Sie in unserem Programm vermissen - wir sind jederzeit offen für neue Anregungen und Impulse!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ahrensburg